



An den Grossen Rat

16.5123.02

PD/P165123

Basel, 17. August 2016

Regierungsratsbeschluss vom 16. August 2016

Motion Tanja Soland und Konsorten betreffend „Einführung einer Ausländermotion“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 11. Mai 2016 die nachstehende Motion Tanja Soland und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Ausländerinnen und Ausländer, die seit Jahren in Basel wohnen und arbeiten, sollen eine Möglichkeit erhalten, besser an der Gesellschaft zu partizipieren. Für die in Basel-Stadt wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer muss die politische Mitwirkung und Einflussnahme attraktiv gestaltet werden, damit diese überhaupt ein Interesse entwickeln, die schweizerische Staatsbürgerschaft zu erlangen.

Gemäss der Antwort der Regierung vom 10. Juni 2015 auf den Anzug betreffend politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern (11.5057.03) unterstützt er das Anliegen, Mitwirkungsverfahren und Vernehmlassungsverfahren in der Migrationsbevölkerung weiter bekannt zu machen. Zudem führt er in seiner Beantwortung des Anzuges an, dass die Instrumente "Partizipationsmotion" und "Bevölkerungsantrag" der Städte Bern und Luzern und auch das Modell des "Jugend- oder Ausländerantrags" der Stadt Burgdorf als interessante Möglichkeiten zur Erweiterung der politischen Partizipation von nicht stimmberechtigten Ausländerinnen und Ausländern betrachtet.

Die Einführung einer Ausländermotion soll allen im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Ausländerinnen und Ausländern ermöglichen, an den Grossen Rat zu gelangen und am politischen Geschehen teilnehmen zu können. Im Gegensatz zum Petitionsrecht für alle, soll dieses Instrument nur Ausländerinnen und Ausländern zur Verfügung stehen. Damit soll einerseits erreicht werden, dass diese sich besser in unsere Gesellschaft eingebunden fühlen und andererseits die politische Mitwirkung attraktiv wird, um später die schweizerische Staatsbürgerschaft zu erlangen.

Das Instrument soll nur Personen ohne Schweizer Bürgerrecht offen stehen. Daher soll mindestens die Person, welche den Vorstoss als Erstunterzeichnende einreicht, über kein Schweizer Bürgerrecht verfügen. Die zusätzlichen Unterschriften dürfen auch von Personen mit Schweizer Bürgerrecht stammen, aber ein Quorum von 30% oder 50% Unterschriften von Ausländerinnen und Ausländern soll sicherstellen, dass das Instrument deren politische Partizipation fördert. Die Personen müssen selbstverständlich wohnsitzberechtigt im Kanton Basel-Stadt sein. Die notwendige Unterschriftenzahl für eine Einreichung an das Parlament soll aber nicht mehr als 50 betragen. Die sogenannte Ausländermotion soll im Grossen Rat im Sinne eines "Anzuges" behandelt werden und eine geeignete Form der Mitwirkung der erstunterzeichnenden Person soll eingeführt werden. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage für eine Ausländermotion gemäss den oben genannten Vorgaben auszuarbeiten.

Tanja Soland, Edibe Gölgeli, Danielle Kaufmann, Thomas Gander, Martin Lüchinger, Brigitta Gerber, Helen Schai-Zigerlig, Nora Bertschi, Mustafa Atici, Heidi Mück, Elisabeth Ackermann, Georg Mattmüller, Murat Kaya, Franziska Reinhard, Beatrice Messerli, Beatriz Greuter, Leonhard Burckhardt, Salome Hofer, Christian von Wartburg, Franziska Roth-Bräm“

Wir nehmen zu dieser Motion wie folgt Stellung:

1. Zur rechtlichen Zulässigkeit der Motion

In der am 9. September 2015 geänderten und am 24. April 2016 wirksam gewordenen Fassung bestimmt § 42 der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) vom 29. Juni 2006 über die Motion:

§ 42. In der Form einer Motion kann jedes Mitglied des Grossen Rates oder eine ständige Kommission den Antrag stellen, es sei der Regierungsrat zu verpflichten, dem Grossen Rat eine Vorlage zur Änderung der Verfassung oder zur Änderung eines bestehenden oder zum Erlass eines neuen Gesetzes oder eines Grossratsbeschlusses zu unterbreiten.

^{1bis} In der Form einer Motion kann zudem jedes Mitglied des Grossen Rates oder eine ständige Kommission den Antrag stellen, es sei der Regierungsrat zu verpflichten, eine Massnahme zu ergreifen. Ist der Regierungsrat für die Massnahme zuständig, so trifft er diese oder unterbreitet dem Grossen Rat den Entwurf eines Erlasses gemäss Abs. 1, mit dem die Motion umgesetzt werden kann.

² Unzulässig ist eine Motion, die auf den verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates, auf einen Einzelfallentscheid, auf einen in gesetzlich geordnetem Verfahren zu treffenden Entscheid oder einen Beschwerdeentscheid einwirken will.

³ Tritt der Rat auf die Motion ein, so gibt er dem Regierungsrat Gelegenheit, innert drei Monaten dazu Stellung zu nehmen, insbesondere zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit des Begehrens.

1.1 Motionsanliegen

Mit der vorliegenden Motion soll der Regierungsrat beauftragt werden, eine gesetzliche Grundlage für die Einführung einer sogenannten „Ausländermotion“ auszuarbeiten. Dieses neue Instrument der politischen Mitwirkung soll einer Personengruppe zur Verfügung stehen, die im Kanton Basel-Stadt Wohnsitz hat (nach dem Willen der Motionärinnen und Motionäre nicht mehr als 50 Personen). Die erstunterzeichnende Person darf nach dem Willen der Motionärinnen und Motionäre nicht über das Schweizer Bürgerrecht verfügen, hingegen können Personen mit Schweizer Bürgerrecht den Vorstoss mitunterzeichnen, wobei der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer, welche die Motion unterstützen wollen, mindestens „30% oder 50%“ erreichen muss. Die Behandlung der Ausländermotion soll „im Sinne“ eines „Anzuges“ erfolgen und es soll eine „geeignete Form der Mitwirkung der erstunterzeichnenden Person“ eingeführt werden.

1.2 Rechtsnatur und Inhalt der „Ausländermotion“

Die „Ausländermotion“ soll im Wesentlichen ausländischen Privatpersonen ermöglichen, unter bestimmten Voraussetzungen „an den Grossen Rat zu gelangen und am politischen Geschehen teilnehmen zu können“. Grundsätzlich stehen für die stimmberechtigte Bevölkerung das Stimm- und Wahlrecht sowie die Volksrechte für eine politische Betätigung im Vordergrund. Daneben stellt das Petitionsrecht eine grundrechtliche Garantie für Personen mit oder ohne Stimmberechtigung dar, den Behörden konkrete Anliegen und Anregungen mit individuellen oder kollektiven Inhalten vortragen zu können (Gerold Steinmann, Die schweizerische Bundesverfassung, St. Galler Kommentar zu Art. 33 BV, S. 770, Rz 2). In Erweiterung der bundesrechtlichen Vorgaben umfasst das Petitionsrecht im Kanton Basel-Stadt einen Anspruch auf Prüfung und Beantwortung des Anliegens innerhalb einer angemessenen Frist (vgl. § 11 Abs. 2 lit. b der Verfassung des Kantons Basel-Stadt (KV) vom 23. März 2005).

Wie im Motionstext ausgeführt wird, soll die „Ausländermotion“ im Gegensatz „zum Petitionsrecht für alle“ ausschliesslich Ausländerinnen und Ausländern als Erstunterzeichnenden zur Verfügung stehen. Das von den Motionärinnen und Motionären vorgeschlagene neue Instrument kann damit als besondere Form des Petitionsrechts betrachtet werden. Die Vorgaben, dass die „Ausländermotion“ ausschliesslich durch eine ausländische Person erstunterzeichnet werden darf und im Übrigen ein bestimmtes Quorum von Ausländerinnen und Ausländern erreicht werden muss, könnte zwar im Vergleich zum Petitionsrecht gemäss § 11 Abs. 2 KV einerseits Fragen der Rechtsgleichheit aufwerfen und andererseits als zu weitgehende Einschränkung gesehen werden. Die „Ausländermotion“ als neues, eigenständiges Instrument neben den Stimmbürgern vorbehaltenen Volksrechten sowie der Petition ist in dieser Hinsicht rechtlich nicht zu beanstanden.

An den Grossen Rat gerichtete Petitionen werden grundsätzlich von der Petitionskommission vorberaten (vgl. § 40 GO und § 34 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB) vom 29. Juni 2006). Demgegenüber soll die Ausländermotion im Sinne eines „Anzuges“ behandelt und es soll eine geeignete Form der Mitwirkung der erstunterzeichnenden Person eingeführt werden.

In der Form eines Anzuges kann gemäss § 44 GO jedes Mitglied des Grossen Rates oder einer ständigen Kommission dem Regierungsrat oder dem Grossen Rat Anregungen zur Änderung der Verfassung, zu Gesetzes- oder Beschlussentwürfen oder zu Massnahmen der Verwaltung vorlegen.

Werden die vorstehenden Bestimmungen sinngemäss auf die „Ausländermotion“ übertragen, so ist zwar der inhaltliche Anwendungsbereich der „Ausländermotion“ im Vergleich zum Petitionsrecht enger, weil dem Grossen Rat lediglich Anregungen zur Änderung der Verfassung, zu Gesetzes- oder Beschlussentwürfen oder zu Massnahmen der Verwaltung vorgelegt werden können; demgegenüber kann mit der Petition den Behörden jegliche Art von Anliegen oder Anregung unterbreitet werden, wie Hinweise, Wünsche, Vorschläge, Appelle, kritische Äusserungen und Beanstandungen, Vernehmlassungen usw. (siehe Gerold Steinmann, a.a.O. Rz 6). Andererseits soll die „Ausländermotion“ den Unterzeichnenden eine gewisse politische Mitwirkung einräumen, während das Petitionsrecht einzig den Anspruch auf Kenntnisnahme und Beantwortung durch die Behörde innert angemessener Frist umfasst. Die Ausländermotion weist somit Elemente sowohl eines parlamentarischen Instruments wie auch eines Volksrechts auf.

1.3 Verfahren

Die Motion verlangt, eine „Ausländermotion“ solle im Grossen Rat im Sinne eines Anzuges behandelt werden. In Bezug auf das Verfahren sieht § 45 GO sodann vor, dass der Grosse Rat, nachdem er beschlossen hat, auf einen Anzug einzutreten, weiter entscheidet, ob der Anzug dem Regierungsrat, dem Ratsbüro oder einer Grossratskommission zur Prüfung, Berichterstattung und Antragstellung zu überweisen sei. Aufgrund dieses Berichts, der innerhalb von zwei Jahren vorzulegen ist, entscheidet der Grosse Rat, ob der Anzug abzuschreiben oder stehenzulassen sei (§ 45 Abs. 1 GO). Beschliesst der Grosse Rat, den Anzug stehenzulassen, so entscheidet er erneut, wer ihn zu behandeln hat. Die Frist zur Neubearbeitung beträgt wiederum zwei Jahre (§ 45 Abs. 2 GO). Weitere Regeln zum Verfahren finden sich in § 37 AB. Zu erwähnen ist namentlich § 37 Abs. 3 AB. Danach findet eine Diskussion nur dann statt, wenn der Anzug bestritten ist, und die Anzugstellerin oder der Anzugsteller hat nach einer Diskussion das Schlusswort.

Würde man diese Verfahrensregeln auf die Ausländermotion anwenden, würde dies unter anderem bedeuten, dass die erstunterzeichnende ausländische Person berechtigt wäre, im Grossen Rat den eingereichten Vorstoss mündlich zu vertreten. Dies ist zwar grundsätzlich nicht undenkbar. Wegen der staatspolitischen Tragweite eines solchen Entscheids ist aber fraglich, ob eine derartige gesetzliche Regelung ohne Änderung der Kantonsverfassung zulässig wäre. Da die übrigen Stimmberechtigten von dieser besonderen direkten Mitwirkungsmöglichkeit im kantonalen Parlament ausgeschlossen wären, müsste man zudem prüfen, wie dieses Teilanlie-

gen der Motion mit der Rechtsgleichheit nach Art. 8 der Bundesverfassung (BV) vom 18. April 1991 in Einklang zu bringen wäre.

Der für die vorliegende Prüfung massgebende Motionstext verlangt indessen nicht explizit ein Mitwirkungsrecht im Grossen Rat für die erstunterzeichnende Person, sondern lediglich eine „geeignete Form der Mitwirkung“ und lässt damit Raum, bei der Umsetzung der Motion den vorstehend geschilderten Bedenken Rechnung zu tragen. Die Motion lässt ohnehin weitere Fragen offen, die im Rahmen der konkreten Umsetzung im Detail geklärt werden müssten, so etwa zu den Erfordernissen in Bezug auf Anwesenheitsstatus und Wohnsitzdauer im Kanton Basel-Stadt, die zur Einreichung einer Ausländermotion berechtigen würden, oder zur genauen Anzahl der notwendigen Unterschriftenzahl sowie zum Anteil der Nicht-Stimmberechtigten und Stimmberechtigten. All diese Detailfragen sind noch klärungsbedürftig und wären im Rahmen einer allfälligen konkreten Ausgestaltung des Motionsanliegens zu prüfen und zu beantworten.

1.4 Schlussfolgerungen

Mit der Motion wird vom Regierungsrat die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes beantragt. Der Erlass von Gesetzesbestimmungen fällt in die Zuständigkeit des Grossen Rates. Zudem verlangt die Motion nicht etwas, das sich auf den verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates, auf einen Einzelfallentscheid, auf einen in gesetzlich geordnetem Verfahren zu treffenden Entscheid oder einen Beschwerdeentscheid bezieht. Wie oben dargelegt, spricht auch kein höherrangiges Recht gegen den Motionsinhalt.

Die Motion ist aufgrund dieser Erwägungen als rechtlich zulässig anzusehen.

2. Zum Inhalt der Motion

Das Anliegen der Motion ist die Förderung der politischen Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern mittels Einführung einer „Ausländermotion“. Die Person, welche den Vorstoss als Erstunterzeichnende einreicht, soll nicht über das Schweizer Bürgerrecht verfügen. Die zusätzlichen Unterschriften können auch von Personen mit Schweizer Bürgerrecht stammen. Ein Quorum von 30% oder 50% Unterschriften von Ausländerinnen und Ausländern soll sicherstellen, dass das Instrument tatsächlich deren politische Partizipation fördert. Die unterschreibenden Personen müssen im Kanton Basel-Stadt wohnsitzberechtigt sein. Die notwendige Unterschriftenzahl für eine Einreichung an das Parlament soll 50 betragen. Die sogenannte „Ausländermotion“ soll im Grossen Rat im Sinne eines „Anzuges“ behandelt werden. Eine geeignete Form der Mitwirkung der erstunterzeichnenden Person soll zudem eingeführt werden.

2.1 Regelungen in den Basler Gemeinden und in weiteren Gemeinden

Ohne Stimm- und Wahlrecht sind Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne Schweizer Pass weiterhin von der politischen Partizipation im engeren Sinne ausgeschlossen. Die Erfahrungen in anderen Kantonen mit ähnlichen Modellen wie der „Ausländermotion“ zeigen, dass die Bevölkerung informellen Mitwirkungsrechten gegenüber positiv eingestellt ist, im Gegensatz zu ihrer Einstellung gegenüber dem formalen Mitentscheidungsrecht, dem Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, das im Kanton Basel-Stadt an der Abstimmung vom 26. September 2010 verworfen wurde.

2.1.1 Riehen

Die Gemeindeordnung Riehen kennt seit 2003 das Instrument der „Volksanregung“ (§ 14): Danach können 100 Personen, die in der Gemeinde wohnhaft und angemeldet sind und das vierzehnte Altersjahr erreicht haben, dem Einwohnerrat ein Begehren unterbreiten. Der Einwohnerrat hat innert sechs Monaten zu entscheiden, ob er das Begehren weiterverfolgen will. Dieses Instrument der Mitwirkung wurde zum einen für die Jugend und zum anderen für die Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Pass geschaffen.

2.1.2 Bettingen

Die Gemeindeordnung Bettingen kennt ebenfalls ein Mitwirkungsverfahren (§ 11) für erwachsene nicht stimmberechtigte Einwohnerinnen und Einwohner. In der Gemeindeordnung ist festgehalten, dass einerseits die Gemeindeversammlung öffentlich ist und dass andererseits nicht stimmberechtigte Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde, die das 18. Altersjahr erreicht haben, nach Behandlung der traktandierten Geschäfte durch die Gemeindeversammlung an den Gemeinderat Fragen über Angelegenheiten der Einwohnergemeinde stellen können.

2.1.3 Stadt Burgdorf

Die Stadt Burgdorf kennt seit Februar 2008 den „Jugend- und Ausländerantrag“. Jugendliche sowie Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz in der Einwohnergemeinde verfügen gemäss Gemeindeordnung (Art. 26) über erleichterte Antragsmöglichkeiten. Demnach können mindestens 30 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren einen Antrag zuhänden des Gemeinderates stellen. Das gleiche Recht steht auch Ausländerinnen und Ausländern ab 14 Jahren zu. In diesem Falle braucht es für einen solchen Antrag die Unterschriften von mindestens 30 Personen mit Niederlassungs- bzw. Aufenthaltsbewilligung (Ausweis C oder B). Ein „Jugend- oder Ausländerantrag“ wird im Parlament wie ein Vorstoss eines Ratsmitglieds behandelt.

2.1.4 Stadt Bern

In der Stadt Bern wurde die Einführung einer „Partizipationsmotion“ am 14. Juni 2015 mit 59.9% Ja- zu 41.1% Nein-Stimmen gutgeheissen. Die „Partizipationsmotion“ wurde als eine Form der Sonderpartizipation geschaffen und steht Schweizerinnen und Schweizern nicht offen. Erwachsene Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung (B und C) oder im Status der vorläufigen Aufnahme (F), die mindestens seit drei Monaten in der Stadt Bern wohnhaft sind, sind unterschriftsberechtigt. Mindestens 400 Unterschriften sind notwendig (der Beteiligungsschlüssel wurde von Burgdorf übernommen: 1.5% der Migrationsbevölkerung).

2.1.5 Stadt Luzern

In der Stadt Luzern wurde der „Bevölkerungsantrag“ am 9. Februar 2014 mit über 60% Ja-Stimmen angenommen und am 1. Januar 2015 in Kraft gesetzt. Mit dem „Bevölkerungsantrag“ wurde die 1999 eingesetzte Volksmotion ersetzt und auf Personen mit einer Niederlassungsbewilligung (C) ausgedehnt. Ein Bevölkerungsantrag ist sinngemäss wie eine Motion eines Mitglieds des Grossen Stadtrates zu behandeln. Es sind 200 Unterschriften notwendig von erwachsenen Personen, die ihren Wohnsitz in der Stadt Luzern und ein Schweizer Bürgerrecht oder eine Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) haben.

In den Städten Bern und Luzern sind die Erfahrungen mit dem Modell der „Ausländermotion“ als politische Partizipationsmöglichkeit noch zu jung, um zum heutigen Zeitpunkt eine Beurteilung zu erlauben. In Riehen und Burgdorf wurde diese politische Beteiligungsmöglichkeit bisher nur von Jugendlichen genutzt.

3. Basler Integrationspolitik

Der Regierungsrat hat in seinem Leitbild und Handlungskonzept zur Integrationspolitik von 1999 die Förderung der Partizipationschancen von Einwohnerinnen und Einwohnern ohne Schweizer Pass in Gesellschaft und Politik als Ziel formuliert. In der Ergänzung 2012 zum genannten Leitbild bekennt sich der Regierungsrat zu einem Ausbau der bestehenden Mitwirkungsrechte gemäss § 55 KV. In der Beantwortung des Anzugs Tanja Soland und Konsorten betreffend „politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern“ vom 9. Juni 2015 (P115057) beurteilte der Regierungsrat die informelle politische Partizipation in der Form einer „Ausländermotion“ als interessante Möglichkeit zur Erweiterung der politischen Partizipation für die nicht stimm- und wahlberechtigte Bevölkerung Basels. Zudem hat der Regierungsrat im Legislaturplan 2013-2017 das Thema „In-

tegration“ erneut auf seine Agenda gesetzt und besonders die Förderung der Chancengleichheit gewichtet.

Gestützt auf diese Grundlagen würde die Einführung einer „Ausländermotion“ als weiteres Instrument der Förderung der Partizipationsmöglichkeiten und der Chancengleichheit der Migrationsbevölkerung dienen.

4. Stellungnahme des Regierungsrats

Aus oben genannten Gründen und um der Realität der Basler Bevölkerung mit einem Ausländeranteil von 35.5% (Stand April 2016) gerecht zu werden, unterstützt der Regierungsrat das Anliegen der Motion. Mit der Einführung der „Ausländermotion“ wird Ausländerinnen und Ausländern ein direkter Zugang zum Grossen Rat verschaffen. Ausländerinnen und Ausländer erhalten eine institutionelle politische Mitwirkungsmöglichkeit, die jedoch kein eigentliches politisches Mitbestimmungsrecht darstellt.

Die konkrete Umsetzung des Anliegens einer „Ausländermotion“ würde eine Reihe rechtlicher und praktischer Fragen aufwerfen, die im Falle der Überweisung der Motion an den Regierungsrat zu klären wären: Erstens ist zu prüfen, ob die Verankerung der „Ausländermotion“ in der Kantonsverfassung notwendig bzw. wünschenswert wäre. Zweitens haben erste Abklärungen ergeben, dass die Kontrolle der Unterschriftsberechtigten nicht ganz einfach zu bewerkstelligen sein würde und vertiefter Prüfung bedarf. Drittens ist der Ablauf der rechtsgültigen Einreichung einer „Ausländermotion“ im Rahmen der bestehenden, einschlägigen Gesetzesbestimmungen zu überprüfen. Viertens stellen sich verschiedene Fragen bezüglich der Behandlung der Ausländermotion durch den Grossen Rat. Würde diese dem Anzug (§ 45 GO) nachgebildet werden, stellt sich beispielsweise die Frage, ob der erstunterzeichnenden Person ein Rederecht im Grossen Rat zukommen würde (§ 37 Abs. 3 AB).

Der Einführung einer „Ausländermotion“ kommt eine wichtige symbolische Bedeutung zu, die ein Integrationssignal aussendet. Damit ist die Botschaft verbunden, dass zugezogene Menschen auch ohne Schweizer Bürgerrecht eingeladen sind, sich am politischen Leben zu beteiligen.

Der Regierungsrat begrüsst die Forderung der Motionäre, die „Ausländermotion“ im Grossen Rat im Sinne eines „Anzugs“ zu behandeln. Die von den Motionären geforderte Mitwirkung der erstunterzeichnenden Person soll in Form von protokollierten Gesprächen oder Mitberichten stattfinden.

4.1 Empfehlungen des Regierungsrats

Der Regierungsrat schlägt vor, die Mindestunterschriftenzahl zu erhöhen und für die Einreichung einer solchen Motion mindestens 400 Unterschriften als Voraussetzung festzulegen. Damit wird der Partizipationsmöglichkeit die notwendige Ernsthaftigkeit verliehen und gleichzeitig missbräuchlichem Verhalten vorgebeugt. Anstelle eines Unterschriften-Quorums von 30% oder 50% bevorzugt der Regierungsrat eine Lösung, die ein ausschliessliches Unterschriftenrecht von Ausländerinnen und Ausländern vorsieht. Unterschriftsberechtigt wären Ausländerinnen und Ausländer mit Ausweis C, B und F (vorläufig aufgenommene Personen). Sie müssten zudem mindestens drei Monate in Kanton Basel-Stadt wohnhaft und volljährig sein.

Der Regierungsrat schlägt des Weiteren vor, die „Ausländermotion“ als „Partizipationsantrag“ zu bezeichnen, um eine gendergerechte Sprache zu verwenden und Verwechslungen mit dem parlamentarischen Instrument der Motion zu vermeiden.

4.2 Ergänzende und unterstützende Massnahmen

Es zeigt sich, dass Mitwirkung nicht einfach mit der Einführung von Partizipationsmöglichkeiten per se funktioniert. Wie Beispiele aus Riehen, Burgdorf, Lausanne, Chiasso und von FIMM Schweiz aufzeigen, sind Information, Sensibilisierung und insbesondere eine meist zeitintensive aufsuchende Aktivierung via Zivilgesellschaft und idealerweise via Schlüsselpersonen aus den diversen

Gemeinschaften notwendig, um die Migrationsbevölkerung zu erreichen und Vertrauen in die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen zu schaffen. Mitwirkungsprozesse erfordern oft von vorneherein einen hohen Integrationsgrad als Bedingung zur Partizipation, was die Aktivierung insbesondere von bildungsfernen und sozial benachteiligten Migrantinnen und Migranten erschwert.

Folglich sind begleitende Massnahmen in Form von Information und Sensibilisierung der Migrationsbevölkerung, z.B. mittels Informationsveranstaltungen und Schlüsselpersonen notwendig, damit das neu geschaffene Instrument die Chancengleichheit und die Integration der Migrationsbevölkerung auch tatsächlich fördert.

5. Antrag

Auf Grund dieser Stellungnahme beantragen wir, die Motion Tanja Soland und Konsorten betreffend „Einführung einer Ausländermotion“ mit den vorgeschlagenen Änderungen dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin